

## Mitteilungsvorlage

Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen zum Thema "Klima-Check für Verwaltungsvorlagen" vom 30.05.2017

---

### Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr	29.06.2017	Vorberatung
1	Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung	04.07.2017	Vorberatung
1	Rat	06.07.2017	Entscheidung

### Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

---

### Federführung

3.31 Umwelt

### Beteiligte Stellen

### Finanzielle Folgen und Auswirkungen

#### Voraussichtlicher Aufwand und voraussichtliche Auszahlungen im laufenden Jahr und in Folgejahren

keine

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Ergebnis- und Finanzplan enthalten  
entfällt

**Produkt(e)**

14.01.01      Umweltschutz

**Mitteilung der Verwaltung**

Die nachfolgende Information wird zur Kenntnis genommen.

Die Maßnahme „Klima-Check für Verwaltungsvorlagen“ ist eine Maßnahme des Integrierten Klimaschutzkonzeptes, das der Rat zur Umsetzung beschlossen hat.

Jede Organisationseinheit, die eine Vorlage erstellt, soll eine qualifizierte Aussage zu klimarelevanten Aspekten (Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) treffen und kurz erläutern. Falls kein Bezug zu klimarelevanten Aspekten bestehen sollte, so ist dies ebenfalls anzugeben.

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht nachträglich an ein Projekt bzw. eine Maßnahme angedockt werden kann, sondern von Anfang an mitberücksichtigt werden muss. Dabei sind die jeweiligen fachlichen Anforderungen mit den Klimaschutzbelangen in Einklang zu bringen. Im Einzelfall kann FD 3.31 bei Fragen unterstützend helfen.

Der elektronische Vordruck für die Vorlagen kann im Ratsinformationssystem hierfür eine voreingestellte Überschrift inkl. eines Freifeldes zur Erläuterung erhalten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Vorlagen erstellen, werden über die Änderungen informiert und erhalten ein generelles Informationspapier zur Orientierung. Das Verfahren kann im Oktober 2017 starten.

In Vertretung  
Barbara Reul-Nocke  
Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit und Recht

Kenntnis genommen  
Mast-Weisz  
Oberbürgermeister